

Bundesleitung

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81-40
Telefax 030.40 81-4999
post@dbb.de
www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169/170 10117 Berlin

An die
Mitgliedsgewerkschaften
des dbb

- je besonders -

15.10.2007

GB 4 Krz/os

Durchwahl: 53 01

Info Nr.: 79/2008

Herbstgutachten 2008 der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben am 14. Oktober 2008 ihr Herbstgutachten der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie sehen Deutschland nicht in eine Rezession abrutschen, prognostizieren jedoch eine spürbare Abkühlung der Wirtschaft – auch durch die Finanzkrise. In diesem Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,8 Prozent steigen, im Jahr 2009 schwächt sich das Wachstum deutlich auf 0,2 Prozent ab.

Nach Einschätzung der Gutachter werden die Finanzmarktkrise sowie die zahlreichen externen Schocks (wie etwa der zeitweise auf 150 US-Dollar gestiegene Ölpreis) auch an Deutschland nicht spurlos vorübergehen. Eine Rezession ist aus Sicht der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute jedoch weniger wahrscheinlich, auch wenn die Risiken gestiegen sind.

Die prognostizierte Abschwächung des Bruttoinlandsproduktes auf 0,2 Prozent im nächsten Jahre beruht allerdings auf der Annahme, dass die Finanzkrise beherrschbar bleibt. Die Zuspitzungen der letzten Tage sind hierin noch nicht enthalten. Um jedoch etwaigen Unwägbarkeiten angemessen Rechnung zu tragen, haben die Wirtschaftsforschungsinstitute zusätzlich ein Risikoszenario dargestellt, demzufolge die gesamtwirtschaftliche Leistung im nächsten Jahr um 0,8 Prozent zurückgehen wird.

Die Institute weisen in ihrem Gutachten ausdrücklich darauf hin, dass die weitere Entwicklung wesentlich davon abhängen wird, inwieweit es gelingt, die Vertrauenskrise an den Finanzmärkten einzudämmen. Dabei darf ein fallweises Krisenmanagement den Blick für eine umfassende Lösung der zugrundeliegenden Probleme im Bankensektor nicht verstellen.

Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt

Für dieses Jahr rechnen die Wirtschaftsinstitute mit einer Arbeitslosenzahl von 3,26 Mio. Personen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,5 Prozent. Der sehr positive Trend der letzten Jahre wird jedoch durch die rückläufige Kapazitätsauslastung in den kommenden Monaten zunehmend gebremst. Die Erwerbstätigkeit wird nach Ansicht der Konjunkturforscher zum Jahresende nochmals leicht steigen und erst im Verlauf des kommenden Jahres zurückgehen. Im Basisszenario werden Ende 2009 rund 350.000 Menschen weniger beschäftigt sein als am Jahresanfang. Legt man das Risikoszenario zugrunde, würde sich die Konjunktur 2009 länger und stärker abschwächen. Konsumzurückhaltung, erhöhte Finanzierungskosten aufgrund der Finanzkrise sowie durch eine allgemeine Verunsicherung über die weitere Entwicklung verursachte Lähmung der Investitionstätigkeit würden in diesem Fall Deutschland in eine ausgeprägte Rezession führen. Das Bruttoinlandsprodukt würde 2009 um 0,8 Prozent zurück gehen. Auch die Lage am Arbeitsmarkt würde sich deutlich eintrüben mit der Folge, dass die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr auf 8,3 Prozent steigen würde und knapp 400.000 Arbeitsplätze verloren gehen würden.

Zwar halten die Wirtschaftsforschungsinstitute ein derartiges Szenario für weniger wahrscheinlich als die Basisprognose. Das Risiko, dass die ungünstigere Entwicklung eintritt, ist jedoch in den letzten Wochen deutlich gestiegen.

Preisniveau

Die Verbraucherpreise sind im Verlauf des Jahres deutlich gestiegen. Hierzu trugen insbesondere die stark gestiegenen Energiepreise bei. Die Wissenschaftler prognostizieren für das Jahr 2009 einen Rückgang der Teuerungsrate, da sich die Eintrübung der weltweiten Konjunkturlage auch im Sinne eines deutlichen Preisverfalls auf den Rohstoffmärkten bemerkbar macht. Im Prognosezeitraum wird der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr bei 2,8 Prozent in 2008 bzw. 2,3 Prozent in 2009 liegen.

Finanz- und Lohnpolitik

Im Zuge der Finanzmarktkrise wird sich die Lage der bisher annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalte verschlechtern. Im Jahr 2007 wurde ein Überschuss von 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. Für das laufende Jahr wird ein Haushaltsüberschuss von 0,2 Prozent prognostiziert. Der Haushalt in 2009 wird ausgeglichen sein. Diese Hochrechnungen beinhalten allerdings noch nicht das aktuelle Hilfspaket der Bundesregierung zur Stützung des Finanzmarktes in Deutschland.

Die vorliegenden Lohnabschlüsse und die aktuellen Forderungen in der Metall- und Elektroindustrie signalisieren eine Zunahme des Tariflohnanstiegs. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für die zweite Hälfte dieses Jahres eine Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,5 Prozent, womit im Jahresdurchschnitt 2008 ein Anstieg von 2,3 Prozent zu Buche schlagen würde. Für das kommende Jahr ist mit einem Anziehen der Stundenlöhne um 2,7 Prozent zu rechnen.

Grundsätzlich halten es die Institute für sinnvoll, dass sich die Tarifparteien bei ihren Abschlüssen an mittelfristigen Entwicklungen orientieren und Forderungen oder Abschlüsse nicht von der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt oder allgemein der Konjunktur abhängig machen.

Die wesentlichen Daten für Deutschland sind in der Anlage beigefügt.

Mit kollegialen Grüßen

(Peter Heesen)
- Bundesvorsitzender -

Anlage

